



CIZRE: WÄHREND DER BELAGERUNG TRINKT EIN KIND AUS EINER PFÜTZE, OKTOBER 2015.

Foto: Angelika Claußen / IPPNW

Krankenhäuser werden zu Kriegsschauplätzen

Türkei nach der Wahl: Der Bürgerkrieg geht weiter

Drei Tage nach der Wahl, Anfang November 2015, erklärte Ministerpräsident Ahmet Davutoglu auf dem Sicherheitsgipfel der türkischen Regierung mit Vertretern des Militärs und von hohen Bürokraten, dass die Operationen der türkischen Streitkräfte gegen die PKK mit unverminderter Härte weitergeführt werden sollen. In der Türkei sieht es schlecht aus für Frieden, Menschenrechte und Demokratie.

Die türkische Regierung hat seit August 2015 ganze Städte und Regionen im Südosten der Türkei zu sogenannten „Sicherheitszonen“ erklärt und wiederholt totale Ausgangssperren verhängt, die wie in Cizre bis zu einer Woche andauern können. Auch wenn die bewaffneten Kräfte der PKK mit ihren Anschlägen auf Polizeistationen eine Mitschuld an der Eskalation tragen, so muss die militärische Antwort der türkischen Regierung auf diese Anschläge als völlig unverhältnismäßig eingestuft werden. Während der jeweiligen Ausgangssperre fahren Panzer und gepanzerte Wagen mit sogenannten Spezialkräften in die Städte, die auf alles schießen, was sich auf den Straßen bewegt. Das Ausmaß der Zerstörung ist verheerend. Die Zivilbevölkerung kann sich nicht mit Nahrung versorgen, zentrale Wasserleitungen und Elektrizitätsleitungen werden bombardiert und zerstört, die Internetnetze gekappt. Die von den Blockaden betroffenen Gebiete betreffen hauptsächlich von Kurden bewohnte Gebiete und Städte, in denen die prokurdische Oppositionspartei HDP die Bürgermeister stellt. Cizre, die Stadt an der türkisch-syrischen Grenze mit ihren 132.850 Einwohnern, wurde durch eine acht Tage andauernde komplette Abriegelung durch die türkischen Sicherheitskräfte bekannt.

Meine Gespräche in Cizre mit einigen Bewohnern, Ärzten sowie mit einem Rechtsanwalt, die Besichtigung der zerstörten Häuser, das Ausmaß der Zerstörung vor allem bei der Infrastruktur in der

Stadt, Wasser und Elektrizität, haben mich zutiefst erschüttert. Die Frau eines Imams, die sich in der ersten Nacht der Blockade nur ein wenig aus dem Fenster ihres Hauses gelehnt hatte, wurde umgehend von einem Bombensplitter in ihr rechtes Auge getroffen. Sie und ihr Mann schilderten mir, dass sie um 2:30 Uhr in der Nacht schwer verletzt wurde und vergeblich nach einem Unfallwagen rief, um sich im örtlichen Krankenhaus Hilfe zu holen. Die Sicherheitskräfte sagten ihr zunächst, sie könne einen Ambulanzwagen rufen, aber die Mobilnetzverbindungen waren gekappt. Später gelang es dem Ehemann, einen Wagen zu rufen, doch die Ambulanz wurde nicht zu ihrem Haus durchgelassen. Dann meinten die Sicherheitskräfte, sie könnten ja laufen, es sei nicht weit, aber die pausenlosen Schussalven gingen immer weiter. Erst am darauffolgenden Abend erhielt das Ehepaar die Erlaubnis, mit dem Ambulanzwagen die notwendige Erstversorgung im Krankenhaus von Cizre durchführen zu lassen.

Laut Bericht der Ärztekammer der Türkei wurden die Ärzte und das Pflegepersonal bei ihrer Arbeit massiv durch die Sicherheits- und Spezialeinsatzkräfte behindert. Die gepanzerten Wagen mit Scharfschützen stellten sich im Hof des Krankenhauses auf und besetzten die Notaufnahme. Sie kontrollierten Ärzte und Krankenschwestern, während diese medizinische Eingriffe am Patienten durchführten. Viele Menschen mit Schussverletzungen seien erst gar nicht in die Notaufnahme gekommen aus Angst, als „Terroristen“ verhaftet zu werden. Die Zahl der Krankenhausgeburten ging extrem zurück (normalerweise täglich 10 – 15 Geburten, während der achttägigen Blockade insgesamt nur sieben Geburten).

Da die Stromversorgung während der gesamten Zeit der Blockade unterbrochen war, wurden alle Impfstoffe schlecht und mussten weggeworfen werden. Chronisch Kranke wie z.B.



LONDON: SOLIDARITÄTS-
KUNDGEBUNG FÜR DIE
STADT SILVAN IM
NOVEMBER 2015.

Foto: Steve Eason, CC BY-NC-SA 2.0

Diabetes-, Herz- und Kreislaufpatienten konnten wegen der geschlossenen Apotheken nicht versorgt werden. Auch in Silvan, wo die Gruppe an einer Beerdigung einer durch Schussverletzung verbluteten alten Frau teilnahm, bot sich ein schreckliches Bild der Zerstörung: die Hauptwasserleitung der Stadt zerbombt, die Elektrizitätsleitungen zerbombt, Wassertanks auf den Hausdächern zerbombt, ein ausgebranntes kurdisches Kulturzentrum, durch Hausdurchsuchungen der Spezialkräfte extrem zerstörte Wohnungen.

694 Tote im Zeitraum vom 7. Juni bis 11. Oktober 2015 (208 Zivilisten, 80 Soldaten, 62 Polizisten, drei Wachleute, und 341 PKK-Angehörige) – das ist die Bilanz, die die linksliberale Zeitung Cumhuriyet in ihrer Ausgabe vom 11. Oktober 2015 zieht. Der deutsche Fernsehsender NTV gibt am 9. Oktober 1.250 Tote an, das türkische Militär geht von über 2.000 getöteten PKK-Kämpfern aus.

Auch in anderen Städten wurde medizinisches Personal extrem eingeschüchtert und an der Ausübung seiner Arbeit gehindert. So berichtet die türkische Ärztekammer über den Fall des diensthabenden Arztes Dr. Serdar Acar aus Silopi, der in den Morgenstunden des 7. August 2015 im Krankenhaus von Silopi von Spezialkräften mit der Waffe bedroht und aufgefordert wurde, seinen Arbeitsplatz, das Krankenhaus, zu verlassen, um sofort Menschen zu behandeln, die bei einer Polizei-Operation schwer verletzt worden waren. Dr. Acar weigerte sich, das Krankenhaus und seine ihm anvertrauten Patienten zu verlassen. Deswegen wurde er fristlos entlassen.

Die Gesundheit der Bevölkerung war während der Ausgangssperre in den betroffenen Städten Cizre, Nusaybin, Silopi, Silvan, Sur, Tatvan, Van und Bitlis jeweils ernsthaft gefährdet. Ihr Recht auf

medizinische Versorgung und ihr elementares Recht auf Leben wurde verletzt.

In Aufstandsgebieten (dies ist ein bewaffneter, nicht-internationaler Konflikt) muss die Zivilbevölkerung verschont werden. Angriffe auf die Infrastruktur der Städte, insbesondere Wasser, Nahrungsvorsorgung und Elektrizität sowie auf die medizinische Versorgung müssen von allen bewaffneten Konfliktparteien unterlassen werden. Die Menschenrechte gelten für alle Betroffenen und sind zu gewährleisten. Der türkische Staat und die türkische Regierung haben hier mit dem Ziel der Aufstandsbekämpfung völlig unverhältnismäßige Maßnahmen getroffen, die die Grundlagen des Zusammenlebens aller Bürger zerstören.

Eine Wiederbelebung des Friedensprozesses ist möglich, auch wenn Staatspräsident Erdogan den Vorschlag eines Waffenstillstands noch ablehnt. Um zum Friedensprozess zurückzukehren bedarf es wegen der verhärteten Fronten jedoch der Unterstützung von dritten Kräften – sowohl angesehene Persönlichkeiten aus der Zivilbevölkerung als auch Persönlichkeiten der internationalen Politik. Hinsichtlich der Flüchtlingsfrage steht fest: Die Türkei ist kein sicheres Herkunftsland. Der Deal mit Staatspräsident Erdogan schadet Demokratie und Frieden.



Dr. Angelika Claußen
ist Europäische
IPPNW-Präsidentin.